

BLICKPUNKT

Kommunales Mitteilungsblatt der DKP Heidenheim
V.i.S.d.P DKP Heidenheim Ulrich Huber

BLICKPUNKT Nr. 06

Dezember 2010

Jahrgang 39

Ploucquet-Areal-Bebauung

VOITH erhält Zuschlag

Bedingungen für Grundstücksgeschäft öffentlich bekannt machen

Über Jahre hat die DKP Heidenheim von OB Ilg gefordert, die Grundstücksgeschäfte mit VOITH öffentlich zu machen. Jetzt (HNP 12.11.2010) lässt VOITH-Chef Lienhard die Katze aus dem Sack.

VOITH verlagert Ausbildung

Die teilweise unter Denkmalschutz stehenden VOITH-Gebäude der Ausbildungsstätte Haintal werden ihren Berufsbildungsdienst quittieren. An verschiedenen Stellen wurden über Jahre keine Ersatz- und Erhaltungsinvestitionen gemacht. VOITH folgt dem Prinzip, abgewirtschaftetes zu sanieren lohnt nicht. Mit Neuinvestitionen an anderer Stelle lässt sich das Ausbildungsansehen besser heben.

Rund ein Drittel des Ploucquet-Areals, das mit rund 6 Mio. Euro in den Besitz Stadt Heidenheim übergegangen ist, will VOITH für eine neue Berufsausbildungsstätte überbauen.

Gegen die Privatisierung der Grundstücke

Ein mit Steuergeldern saniertes 2,6 Hektar großes Grundstück, so die Meinung der DKP, darf nicht privatisiert werden. Weder OB Ilg

noch VOITH-Chef Lienhard waren bis heute bereit, die Bedingungen dieses „Grundstückserwerbs“ zu beschreiben.

OB Ilg und Gemeinderat in der Pflicht

Eine Dreifeldhalle für Sport und Schule, ein Großmarkt und Parkhaus auf dem VOITH-Grundstück entlang der Bahnlinie nach der

ungsplan ist groß, ein unverbindlicher Rahmenplan, das alles kennzeichnet die Perspektivlosigkeit der Verwaltungsoberen.

Zu fragen ist: Hat dieses Chaos System? Nützt es den Immobilienspekulanten?

Öffentliche Aufklärung

- ★ Gibt es einen Flächentausch zwischen VOITH und Stadt?
 - ◆ Zu welchen Bedingungen?
 - ◆ Ist der Flächentausch in m² deckungsgleich?
- ★ Wurde das Ploucquet-Grundstück an VOITH verkauft?

Hat die Stadt das VOITH-Grundstück für die Dreifeldhalle, Parkhaus und Einkaufsmarkt von VOITH erworben?
- ★ Haben Stadt und Gemeinderat eigene Vorstellungen für öffentliche Einrichtungen auf dem Gelände? Welche?

Öffentliche Aufklärung -jetzt-

Es ist höchste Zeit die Bevölkerung über den tatsächliche Stand der Bebauung und über die Grundstücksgeschäfte, über die Ziele die seitens der Stadtoberen verfolgt werden, aufzuklären.

Das Ploucquet-Gelände ist Bürgerbesitz, deshalb öffentliche Aufklärung und städtische Bebauung. ★



Hauptverwaltung, von den Workshops erarbeitet, sind anscheinend vergessen.

Öffentliches Verwirrspiel beenden

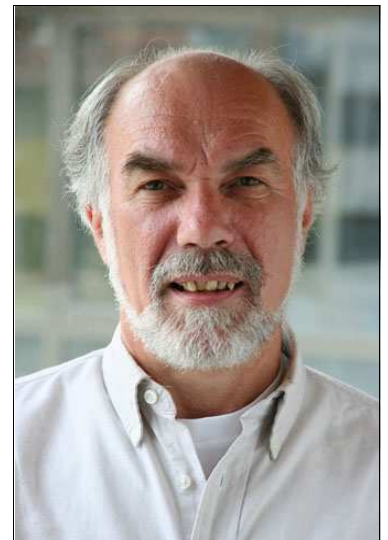
Eine Dreifeldhalle, jetzt Zweifeldhalle, ein Gesundheitshaus „hü“ ein Bildungshaus „hott“ Investoren die wollen, oder auch nicht, das Gestaltungschaos der Stadtverwaltung auf einem Gelände mit einem noch nicht gültigen Bebau-

Gemeinderat erhöht Hundesteuer

Mit der „Änderung der Satzung“ wurde im November 2010 die Erhöhung der Hundesteuer vollzogen. Für jeden Hund müssen nun 108 Euro und für den zweiten Hund 216 Euro bezahlt werden. Das sind für die Stadt 25.500 Euro Mehreinnahmen. DKP-Stadtrat Reinhard Püschel, der schon bei der ersten Beratung im Februar 2010 sein „Nein“ bekundete, brachte auch diesmal seinen Unmut zum Ausdruck. Für die Fraktion „Die Linke/DKP“ stellte er daher in der Gemeinderatssitzung den Antrag die 25.500 Euro nicht einfach im Stadtsäckel verschwinden zu lassen sondern das Geld zweckgebunden auszugeben. Seiner Meinung nach könnte damit das Anbringen von weiteren Hundebutel-Stationen in Heideheim finanziert werden. Ein effektiver Beitrag um die vielen

„Hundehaufen“ zu minimieren. OB Ilg aber ließ den Antrag nicht zu, weil Püschel auf Anhieb keine Standorte für die Hygienebeutel benennen konnte. Auch sein Argument, dass die Erfahrungen der Bauhofbediensteten zu Rate gezogen werden sollten ließ Ilg nicht gelten.

Letztendlich wurde die Hundesteuer bei 2 Gegenstimmen und einer Enthaltung erhöht.



DKP Stadtrat R. Püschel



Abwassergebühren werden steigen

Schuld daran ist die Einführung der gesplitteten Abwassergebühr. Jetzt soll auch das Regenwasser berechnet werden. Bisher war es in Baden-Württemberg so, dass das Frischwasser Grundlage der Berechnungen war. Dies wurde in der Vergangenheit allgemein akzeptiert und von der Rechtsprechung auch mehrfach bestätigt. Noch vor drei Jahren hat der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg (VGH) eine gesplittete Gebühr für nicht erforderlich gehalten. Im März 2010 aber hat der VGH sein Urteil komplett revidiert. Zudem merkte es an, dass mit der Einführung getrennter Abwassergebühren kein unverhältnismäßiger finanzieller Kostenaufwand verbunden sei. Dem ist aber nicht so! „Die

Einführung ist vielmehr mit hohem Verwaltungsaufwand und hohen Kosten zur Erfassung der neuen Bemessungsgrundlagen und der Umstellung der Gebührenbescheide verbunden...“ so die Heidenheimer Stadtverwaltung: Mindestens 250.000 Euro. DKP-Stadtrat R. Püschel kam in seiner Rede auf den Widerspruch der Kosten zwischen dem VGH und der Stadtverwaltung zuspochen. Die Kosten von 250.000 Euro müssen die Bürger bezahlen. „Ich habe den Eindruck, dass wir Stadträte und Stadträtinnen nur noch zum Abnicken von so genannten Sachzwängen benutzt werden“. Wenn die Städte und Gemeinden in einer Finanznot stecken, warum neh-



men wir das Geld nicht dort, wo es zu holen ist, zum Beispiel bei der Gewerbesteuer. Anstatt nur immer bei den Bürgern und Bürgerinnen! Der Oberbürgermeister hatte für den Vorschlag der Gewerbesteuererhöhung kein Verständnis und machte das auch Püschel gegenüber sehr deutlich. Auch andere Stadträte und Stadträtinnen brachten für die neue Berechnung ihr Missfallen zum Ausdruck. Am Ende wurde die gesplittete Abwassergebühr bei einer Gegenstimme (Püschel) und 5 Enthaltungen beschlossen.



Abbau kommunaler Bürgerrechte

Die Finanzkrise ist noch nicht vorbei und schon werden, oder gerade deshalb, den Kommunen demokratische Rechte verweigert. Das immer wieder von allen politischen Seiten gepriesene Kommunale Selbstverwaltungsrecht in Städten und Gemeinden, das den Bürgerinnen und Bürgern auf die Tätigkeit der Ver-

waltungen und der Gemeinderäte Einwirkungsrechte sicherte, wurde abgebaut.

Die Einflußnahme von Abgabepflichtigen und Einwohnern auf den Haushaltsplan der Stadt, wie es in § 81 der Gemeindeordnung (GemO) von Ba.-Wü. mög-

(Fortsetzung auf Seite 3)

(Fortsetzung von Seite 2)

lich war, ist klammheimlich abgeschafft worden.

Ein kommunalpolitischer Skandal

Weder Teile der Gemeinderäte noch die Stadtverwaltung sahen sich in der Lage, -oder sie „wußten“ es nicht-, den Abbau dieses Bürgerrechts bekannt zu machen, geschweige sich dagegen zur Wehr zu setzen.

Demokratische Rechte, die dem kommunalen Volk zugestanden sind, wurden einfach abgeschafft.

Ein Skandal.

Ist es dem kommunalen Parlamentarismus gerade recht?

Die „spießbürgerliche“ Auffassung, dass in einer Parlamentarischen Demokratie die gewählten „Repräsentanten“ stellvertretend für das Volk entscheiden, hat sich mit Stuttgart 21 erledigt. Das „Kommunale Volk sind Wir“, die Abgabepflichtigen und die Einwohner. Für alle Bürger, die Interesse und bürgerschaftliches Engagement haben, muss gewährleistet bleiben, dass gegen einen Haushaltsentwurf, ähnlich wie bei einem Flächennutzungsplan, Einwände und Anregungen gemacht werden können. Diese müssen dann vom Gemeinderat in seinen zu-

ständigen Ausschüssen beraten und behandelt werden und öffentlich im Gemeinderat beschlossen werden.

Das kommunale Grundrecht der Bürgerinnen und Bürger, Einfluss in die Grundsubstanz, den Haushaltsplan, zu nehmen, ist ihnen von der CDU/FDP-Landesregierung entzogen worden. Die CDU/FDP im Land pfeift auf demokratische Recht für die Menschen in den Städten und Gemeinden.

Kommunales Recht in den alten Stand!

Bürgerrechte können und dürfen nicht einfach abgebaut werden. Das Kommunale Grundgesetz, die Gemeindeordnung, muss in seinem Bestand für die Bürgerrechte erhalten bleiben.

Die DKP fordert den Gemeinderat und die Verwaltung auf, das in der Gemeindeordnung (GemO) von Ba.-Wü. den Bürgern genommene Recht auf Haushaltspläne durch Einwendungen Einfluß zu nehmen, zurückzugeben.

Wir fordern:



Die Hauptsatzung und die Geschäftsordnung des Gemeindrats entsprechend zu ändern.



Zivil-Militärische-Zusammenarbeit

Die Bundeswehr greift in Deutschland an

Bei der Ausbildungs- und Studienmesse im Kampfeinsatz

Bei der Ausbildungs- und Studienmesse befand sich auch die Bundeswehr mit rund 20 Ausbildungs- und Studienangeboten im Kampfeinsatz für „Kanonenfutter“ für den Kampf um Rohstoffmärkte in aller Welt.

„Es gibt nur noch „zwei Währungen in der Welt“: „Wirtschaftliche Macht und die militärischen Mittel, sie durchzusetzen“. So formulierte bereits 1993 der Generalinspekteur Naumann die „Neue Bundeswehr“. Als Bundespräsident Köhler diesen Zusammenhang zwischen wirtschaftlichen Interessen und den Auslandseinsätzen der Bundeswehr öffentlich andeutete, musste er den Hut nehmen. Die Deutsche Aussenpolitik aber folgt diesem Prinzip seit Jahren. Die Einmischung der BRD in die innere Angelegenheiten

rohstoffreicher Entwicklungsländer in aller Welt wird mit Milliarden

ihre Kontingente für Auslandseinsätze zu erreichen.



„Entwicklungshilfe“ und militärischer Einflussnahme betrieben. Mit der Aussetzung der Wehrpflicht und der trotzdem notwendigen Rekrutierung immer neuer Soldaten muss die Bundeswehr andere Formen der Gewinnung neuer Soldaten für den Kampfeinsatz anwenden. In Ausbildungsmessen, Schulen, Universitäten, Arbeitsämtern und anderen Einrichtungen sehen die „Kriegstreiber“ die Möglichkeiten,

Mit dem Begriff der „Zivil-Militärischen-Zusammenarbeit“ hat die Bundeswehr mit „Kooperationsverträgen“ mit den Landesregierungen ein System entwickelt, das ihr den Zugang zu den Bildungseinrichtungen auch in Ba.-Wü erleichtert.

Auch die Teilnahme an Ausbildungs- und Studienmessen sind Teil dieses Rekrutierungssystems für immer neues „Kanonenfutter“.

Die DKP sagt:

Ausbildungsmessen, Schulen und Universitäten sind keine Orte für Militärpropaganda
Schulen sanieren, ausbauen
Lenmittelfreiheit, keine Studiengebühren und gleiche Bildungschancen für alle. ★



Frieden schließen statt weltweit schießen - DKP -

Jetzt gehts erst richtig los!

Gerecht geht anders Frau Merkel!

45.000 in Stuttgart über 100.000 in der BRD

Der 13. November war bundesweit ein Tag des Protestes von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern gegen die Politik von Schwarz-Gelb. In Stuttgart, Dortmund, Nürnberg und Erfurt gingen über 100.000 Menschen auf die Straße: Gegen das einseitige Sparpaket der Bundesregierung, die Rente mit 67, die Kopfpauschale sowie prekäre Beschäftigung und für eine Politik im Interesse der Mehrheit der Menschen und für Perspektiven für die junge Generation.

Sparpakete zurück nach Berlin

Mit einer besonderen Aktion zeigte die IG Metall Baden-Württemberg, was sie von der einseitigen Sparpolitik der Bundesregierung hält: Hunderte Sparpakete gingen am Samstag zurück an den Absender nach Berlin. Gefüllt sind die Pakete mit Unterschriftskarten, auf denen über 150.000 Beschäftigte innerhalb der letzten zwei Wochen erklärt haben: "Gerecht geht anders, Frau Merkel!" Am kommenden Mittwoch sollen die Sparpakete in

Berlin der Bundesregierung übergeben werden.

Wir legen nach!

IG - Metall - Bezirksleiter Jörg Hofmann kündigte an, der heutige Tag sei nicht das Ende "eines breiten Widerstandes gegen die Politik der Ungerechtigkeit, der sozialen Kälte und des Versagens bei den Zukunftsfragen unseres Landes." Hofmann sagte weiter: "Wir lassen uns nicht aussitzen, wir legen nach. Wir wollen einen Kurswechsel und werden ihn auch erreichen."

Noch viel zu tun!

Es ist nur zu begrüßen, dass die Leitung des IG-Metall-Bezirks Stuttgart nach Vorne orientiert um den Protest gegen den unverschämten Sozialabbau weiter auszubauen.



Ein geistreicher und aktionsorientierter Beitrag der Kolleginnen und Kollegen der Gießerei Heidenheim in Stuttgart. Hinzu kommt die Losung: „Nur für Arbeit gibt es Lohn - Banker in die Produktion“

Die Betriebe sind die tragenden Säulen des Protests

Die älteste Erfahrung der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung ist der ideenreiche Protest aus den Betrieben heraus. Die Heidenheimer Gießereikolleginnen und -kollegen setzten ein nachahmenswertes Beispiel. Banker in die Produktion und Politiker, die uns den Sozialabbau beschließen in die Gießerei!



Erinnerung - Widerstand

Vor sieben Jahren kurz vor Weihnachten am 19.12.2003 ermordete einer der rechten Gewalt zuzuordnender Jugendlicher vor der damaligen Diskothek K2 die Heidenheimer Schüler Alexander, Viktor und Waldemar.

Erschrocken und geschockt nahmen damals die Heidenheimer diese Bluttat zur Kenntnis. Nicht das Gedenken nach hinten, sondern eine nach vorne orientierte Erinnerung und der Widerstand gegen rechte Gewalt, Ausländerfeindlichkeit, Neofaschismus und Antisemitismus ist heute notwendiger denn je. Im 1. Halbjahr 2010 sind laut Bundesregierung 7.891 „rechts motivierte“ Straftaten von den Bundesländern gemeldet worden. Davon waren 387 Gewalttaten. Nach Recherchen u.a. des „Tagesspiegel“ sind seit 1990 durch rechte Gewalt 137 Menschen umgekommen. So wie die Verteilung der von der NPD herausgegebenen CD „Freiheit statt BRD“ auf Schulhöfen, so wie die faschistische Organisation der „Heimatreuen Deutsche Jugend (HDJ) verboten wurde, so sind die NPD und ihre Fusionsbestrebungen mit der DVU zu verbieten. Stadtverwaltung und Gemeinderat sind gefordert, die Prävention für die Jugendarbeit auszubauen. Bildungschancen, Ausbildungsplätze, soziale Sicherheit und der Kampf gegen die Armut sind die Grundvoraussetzungen im Zusammenhalt der Gesellschaft und gegen Neofaschismus.



„Stuttgart 21
ist überall
Für eine
Demokratie der
Bürger“

Überregionale
Großdemonstration
gegen Stuttgart 21
11. Dezember 2010
um 14:00 Uhr
Bahnhofsvorplatz
Schillerplatz

Stuttgart 21 ist überall
auch in Heidenheim
Kommunale
Bürgerbeteiligung muss
auf der Tagesordnung

Soeben erschienen!

Volker Lösch / Gangolf Stocker /
Sabine Leidig / Winfried Wolf (Hg.):
**Stuttgart 21 – oder:
Wem gehört die Stadt**
Vorwort von Walter Sittler
Paperback, 199 Seiten,
mit etwa 30 Fotos
ISBN 978-3-89438-450-0
10,00 Euro

Das Buch bündelt die Kritik an „Stuttgart 21“. Die Autorinnen und Autoren repräsentieren die Breite der Protestbewegung und belegen, dass die Projektgegner die besseren Argumente haben. Sie zeigen, dass es nicht nur um ein unsinniges Bahnprojekt geht, mit dem Milliarden versenkt werden sollen, die für soziale Aufgaben, Bildung, Kultur oder eine bessere Infrastruktur dringend gebraucht würden. Das Buch entlarvt auch die Arroganz der Macht, die von den Betreibern des Projekts hemmungslos zur Schau gestellt wird. Und es beleuchtet die finanziellen Interessen, die gegen eine Mehrheit durchgesetzt werden sollen. Damit wird zugleich deutlich, dass der Widerstand gegen „Stuttgart 21“ wesentlich auch für Demokratie steht.

**Erhältlich auch beim Neue Impulse
Versand, Hoffnungstraße 18, 45127
Essen, Tel.: 0201-2486482, Fax:
0201-2486484, E-Mail: Info@neue-
impulse-verlag.de**